

Dr. Serge Embacher

INNOSI-Berichterstattung

Eine schwedische Fallstudie:

Aufnahme und Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Göteborg

*Das EU-Projekt INNOSI (**In**novative **S**ocial **I**nvestments strengthening communities in Europe), das im Rahmen des Forschungsprogramms Horizon 2020 aufgelegt wurde, forscht in zehn europäischen Ländern nach dem Innovationscharakter sozialer Investitionen. Unter „sozialen Investitionen“ werden dabei alle politischen Maßnahmen und Schritte der Sozialpolitik verstanden, die darauf abzielen, Menschen bei der Bildung, der Ausbildung, der Kinderbetreuung oder anderen relevanten Fragen präventiv zu unterstützen. Das Projekt arbeitet wesentlich mit Fallstudien, die wir an dieser Stelle sukzessive vorstellen wollen. Heute berichten wir über ein Projekt zur Aufnahme und Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der schwedischen Stadt Göteborg.*

Die Fallstudie untersuchte die Bemühungen der Stadtverwaltung von Göteborg, mit Hilfe einer Partnerschaft mit neun Freiwilligenorganisationen (idéburna offentliga partnerskap – zivilgesellschaftlich-öffentliche Partnerschaft, IOP) ein schwieriges Problem der Flüchtlingspolitik zu bearbeiten. Bei der Zielgruppe minderjähriger und unbegleiteter Asylsuchender ist eine sektorübergreifende Partnerschaft besonders sinnvoll, da weder der Staat alleine noch die Zivilgesellschaft alleine die Aufgaben der Aufnahme und Integration bewältigen können.

Zwischen 100 bis 150 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen jährlich in Göteborg an und bedürfen naturgemäß einer besonderen Betreuung und Versorgung. Auf der Basis der in Schweden 2008 und 2010 verabschiedeten Compacts zur Flüchtlingsaufnahme und -integration startete die IOP von Göteborg im Jahr 2015. Sie soll (zunächst) bis 2021 fortgeführt werden. Diese Partnerschaft zwischen Kommune und Zivilgesellschaft stellt ein ambitioniertes Experiment zum flexibleren und besseren Umgang mit der Frage der Integration der spezifischen Zielgruppe dar. Es wurde allein im Jahr 2016 mit etwa 250 Mio. schwedischen Kronen (etwa 25 Mio. Euro) sowie weiteren Ressourcen in Form von Personal und bürgergesellschaftlichem Engagement ausgestattet.

Als soziale Investition im Sinne des INNOSI-Projekts kann die Kooperation gelten, weil sie den betroffenen Minderjährigen eine größere Bandbreite sozialer Hilfen zur Verfügung stellt als gewöhnlich. Diese Hilfen reichen von psycho-sozialer Betreuung über den Zugang zu schwedischen Familien und Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen bis hin zur

Möglichkeit, erste Erfahrungen auf dem schwedischen Arbeitsmarkt zu machen. Der Umstand, dass die damit verbundenen Angebote und Leistungen von verschiedenen Freiwilligenorganisationen in Kooperation mit der Kommune erbracht werden, ermöglicht eine bessere Aufnahmen und Integration der Betroffenen in die schwedische Gesellschaft. Die Erfolge bei der Integration, die sonst nicht ohne Weiteres erzielt werden könnten, sind im Sinne der sozialen Investition der „return on investment“.

Die Studie zum Göteborger Projekt wurde aufgrund der Dokumentationen der Projektpartner sowie auf der Basis von 34 Interviews mit Repräsentanten der beteiligten Organisationen erarbeitet. Außerdem nahmen die Forscherinnen und Forscher an verschiedenen Treffen der Partnerorganisationen teil und sprachen mit fünf der minderjährigen Asylsuchenden, die sich zur Teilnahme an der Studie bereit erklärt hatten. Weitere Jugendliche aus der Zielgruppe konnten über Fragebögen erreicht werden. Am 15. September 2016 wurden die zentralen Befunde der Studie mit Vertreterinnen und Vertretern der Partnerorganisationen diskutiert.

Die Studie arbeitet vor allem den besonderen Charakter der Göteborger Partnerschaft heraus. Dieser besteht darin, dass die Fähigkeiten und Potenziale der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Mittelpunkt des Projekts stehen. Es wird also nicht von der Logik der Verwaltung aus gedacht, sondern in Bezug zum gesellschaftlichen Umfeld, in dem die NGOs operieren. Auf diese Weise können die Freiwilligenorganisationen optimal agieren, so dass für die betroffenen Kinder und Jugendlichen gute Bedingungen für gesellschaftliche Integration (in Gastfamilien, in das Bildungs- und Ausbildungssystem usw.) geschaffen werden konnten. Was Kinder und Jugendliche benötigen – Sprachunterricht, Sport, Familienausflüge, Gespräche, persönliche Zuwendung und so weiter – kann mit Hilfe der Arbeit der NGOs auf eine Weise, die die kommunale Verwaltung natürlich nicht bieten kann, zur Verfügung gestellt werden.

Unterm Strich lassen sich einige Hauptfaktoren identifizieren, die für den Erfolg solcher und ähnlicher Kooperationsprojekte erfüllt sein müssen. **Erstens** ist ein gemeinsames, zwischen den kommunalen Behörden und den beteiligten Freiwilligenorganisationen geteiltes Verständnis von der besonderen gesellschaftlichen Herausforderung im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Asylproblematik notwendig. **Zweitens** bedarf es der organisations- und sektorenübergreifenden Einsicht in die Komplexität der Herausforderung. Die Akteure der öffentlichen Hand müssen ihr Abhängigkeit von der Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der Situationsbewältigung einräumen, und die beteiligten Freiwilligenorganisationen müssen sich als Kooperationspartner – und nicht als Konkurrenten auf dem Markt der Wohlfahrtspflege – betrachten. **Drittens** muss den zivilgesellschaftlichen Partnern die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur bei der Ausgestaltung der Management-Tools, sondern auch bei der Formulierung der politischen Ziele der Zuwanderungs- und Asylpolitik mitzuwirken. Wenn diese Faktoren beachtet werden, können Projekte wie das in Göteborg erfolgreich

arbeiten und gleichzeitig in den Reihen einer von Haus aus gegenüber staatlichen Akteuren skeptischen Zivilgesellschaft akzeptanzfähig werden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass – bei allen positiven Effekten – auch hinderliche Faktoren im Spiel sind. Eine vergleichsweise große Fluktuation der jungen Menschen, um die es geht, erschwert eine konstante Betreuung. Die oft traumatischen Kriegserlebnisse, die die minderjährigen Asylsuchenden durchlitten haben, die Restriktionen des Asylrechts sowie ein zunehmend raues politisches Klima, welches die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen erschwert, können die Erfolge des Projekts zusätzlich erheblich schmälern. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen – am besten im gesamteuropäischen Kontext – für die Integration von Asylsuchenden verbessert werden. Solange dies nicht der Fall ist, hängt der Erfolg von Projekten wie dem in Göteborg immer vom „Good Will“ der jeweils handelnden Akteure ab; keine gute Basis für eine nachhaltige Flüchtlingspolitik.

Weitere Informationen:

Ausführlicher Bericht zur Studie (in englischer Sprache): <http://innosi.eu/wp-content/uploads/2017/04/Sweden-Civil-society-PPs.pdf>.

Weitere Informationen zum InnoSI-Projekt: <https://www.uni-muenster.de/IfPol/InnoSI/index.html>

Autor

Dr. Serge Embacher ist Politikwissenschaftler und Publizist und arbeitet in der Geschäftsstelle des BBE. Dort begleitet er unter anderem die Berichterstattung über das Projekt Innosi.

Kontakt: serge.embacher@b-b-e.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de